

Von Wien aus Europa mitgestalten.



© AnnAblau

Grundrechtsschutz in Europa, Energie und Migration sind nur einige der vielen Themen, mit denen sich in Wien ansässige europäische und internationale Organisationen im gesamteuropäischen Kontext beschäftigen. Wien wird manchmal sogar als „Welthauptstadt der Weltraumdiplomatie“ bezeichnet: Das Europäische Institut für Weltraumpolitik entwickelt u.a. Langzeitstrategien zur Positionierung Europas in der Raumfahrt. Und auch das Weltraumbüro der Vereinten Nationen hat seinen Sitz in Wien. Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte überwacht von Wien aus den Schutz der Grund- und Menschenrechte in Europa. Dass sich internationale und europäische Organisationen gerne in Wien ansiedeln, ist ein großes Kompliment an die Gastfreundschaft unserer Stadt und ein wichtiges Element der stadtaußenpolitischen Bemühungen um Weltoffenheit und Internationalisierung.

Die Ansiedlung der EU-Grundrechteagentur in Wien passierte nicht zufällig, sondern hat eine lange diplomatische Vorgeschichte: Österreich hatte bereits seit 1998 die Schaffung einer europäischen Agentur für Menschenrechte zur Stärkung des Grundrechtsschutzes innerhalb der EU angeregt. Im Dezember 2003 verständigte sich der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs schließlich darauf, das Mandat der bereits in Wien ansässigen Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) so auszuweiten, dass sie zu einem Amt für Menschenrechte wird. Am 15. Februar 2007 beschloss dann der Rat der EU die Verordnung zur Errichtung der EU-Grundrechteagentur mit Sitz in Wien.

Doch wozu benötigen die EU-Mitgliedstaaten überhaupt eine Grundrechteagentur, sind sie doch alle demokratisch legitimierte Rechtsstaaten? Die Antwort liegt darin, dass die EU bei ihrem Anspruch nach weltweitem Schutz der Menschenrechte glaubwürdiger auftreten kann, wenn die Qualität der Schutzstandards auch innerhalb der EU nachweislich gewährleistet ist. Die EU-Grundrechteagentur stellt demnach sicher, dass jegliche EU-Gesetzgebung, genauso wie die daraus resultierenden Bestimmungen in den einzelnen Mitgliedstaaten, in Einklang mit den in Europa garantierten Menschen-, Grund- und Freiheitsrechten stehen.

Die Arbeit der EU-Grundrechteagentur findet Ergänzung im langjährigen Engagement der Stadt Wien für Menschenrechte, Demokratie und gegen jegliche Diskriminierung. Ein eigenes Menschenrechtsbüro im Magistrat (seit September 2015) und die jüngste Auszeichnung Wiens zur Demokratiehauptstadt Europas untermauern diese grundsätzliche Haltung und gelebte Politik der Stadt.

Dass Wien schon vor dem EU-Beitritt Österreichs Amtssitz internationaler Organisationen wie der UNO oder der OPEC war, ist seiner geopolitischen Lage in Zentraleuropa und dem Status der Republik als neutraler Staat geschuldet. Nach dem EU-Beitritt Österreichs 1995 wurde Wien plötzlich zum einzigen UN-Sitz auf dem Territorium der Mitgliedstaaten der EU. In den folgenden Jahren siedelten sich weitere europäische und internationale Institutionen in Wien an und trugen so dazu bei, das internationale Profil unserer Stadt zu schärfen. Dazu zählen beispielsweise regionale Büros von Weltbank, Europäischer Investitionsbank und Internationalem Währungsfonds, die Wien als Dreh- und Angelpunkt ihrer Tätigkeiten in Zentraleuropa und im Donauraum nutzen.



1. Positive ökonomische Effekte internationaler Organisationen für den Standort Wien

Weltweit herrscht reger Wettbewerb um die Neuansiedelung von internationalen Organisationen, da jede einzelne nicht nur das Ansehen und den guten Ruf des Standortes beträchtlich steigert, sondern vor allem einen bedeutenden Wirtschafts- und Arbeitsplatzfaktor bildet. Bei Bewerbungen als Gastgeberstadt für internationale Organisationen profitiert Wien vor allem von seiner hohen Lebensqualität, Sicherheit, ausgezeichneter städtischer Infrastruktur wie dem Öffentlichen Personennahverkehr sowie einem reichhaltigen kulturellen Angebot.

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) beauftragt regelmäßig eine Aktualisierung der Studie: „Die ökonomischen Effekte internationaler Organisationen in Österreich“ (kurz „Amtssitzstudie“). Die Daten der letzten Studie von 2020 repräsentieren das Niveau vor der Pandemie: Die Studie zeigt u.a. auf, wie viele internationale Konferenzen dank der vielen europäischen und internationalen Organisationen in Wien jedes Jahr stattfinden. Dies führte dazu, dass Wien heute einer der weltweit führenden Konferenzdestinationen ist.

Aus der Studie geht auch hervor, dass die internationalen Organisationen 2019 ca. 10.600 Konferenztage mit insgesamt fast 184.000 Teilnehmer*innen (die größten: IAEA, OSZE) organisierten. Durch die internationalen Organisationen, die diplomatischen Vertretungen, die Veranstaltungen der internationalen Organisationen und die internationalen Schulen in Österreich wird ein jährlicher Wertschöpfungseffekt von etwa 1,35 Milliarden Euro erzielt. Der Großteil davon kommt direkt von den internationalen Institutionen und von den diplomatischen Vertretungen (jeweils etwas mehr als 600 Millionen Euro).

Insgesamt wird geschätzt, dass durch die internationalen Organisationen und die mit ihnen in Zusammenhang stehenden Institutionen und Tätigkeiten in Österreich pro Jahr rund 18.940 Arbeitsplätze gesichert werden, in Vollzeitäquivalenten wären das 15.440 Arbeitsplätze.

Der Bruttowertschöpfungseffekt für Wien beträgt laut den Berechnungen etwa 483 Millionen Euro pro Jahr. Obwohl die betrachteten Organisationen und ihre Beschäftigten weitgehend von der österreichischen Steuerpflicht ausgenommen sind, nimmt die öffentliche Hand durch sie pro Jahr rund 527 Millionen Euro an Steuern und Abgaben ein. Die Stadt Wien profitiert im Umfang von rund 32 Millionen Euro pro Jahr.

Die Studie räumt ein, dass diesen beträchtlichen positiven Effekten – vor allem für die Stadt Wien – auch Kosten gegenüberstehen. Auch im Sinne der Umwegrentabilität überwiegen dabei die wirtschaftlichen Vorteile insgesamt die allfälligen negativen Folgen.



2. Europäische und internationale Institutionen in Wien

- **Institutionen und Vertretungen der Europäischen Union**

Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich

Die Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich dient als Brücke zwischen Österreich und der Europäischen Kommission in Brüssel und Luxemburg. Sie unterstützt den politischen Austausch mit nationalen, regionalen und kommunalen Behörden, Parlamenten, Sozialpartnern, Hochschulen, der Zivilgesellschaft und anderen Interessengruppen. Sie plant die Besuche der EU-Kommissionsmitglieder und hochrangiger Beamt*innen der Europäischen Kommission oder gegebenenfalls auch des Europäischen Auswärtigen Dienstes und betreut sie vor Ort. Sie betreibt die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit über die EU in Österreich und informiert bei Diskussionen, Veranstaltungen und anderen Aktivitäten über deren Prioritäten und Politikfelder. Die Vertretung untersteht direkt der EU-Kommissionspräsidentin bzw. dem EU-Kommissionspräsidenten. Dazu werden länderspezifische Berichte, Analysen und Empfehlungen zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in Österreich erstellt, die in die Politikgestaltung und Öffentlichkeitsarbeit auf EU-Ebene einfließen. Ergänzt wird ihre Arbeit durch die Europe-Direct-Zentren, die in den Regionen und Gemeinden die ersten Anlaufstellen zum Thema EU sind.

Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich

Das Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich ist das Bindeglied zwischen dem Europäischen Parlament und den Bürger*innen. Es unterstützt bei Fragen zum Europäischen Parlament, hilft bei Recherchen, erstellt Publikationen über die Arbeit des Europäischen Parlaments, organisiert Veranstaltungen zu verschiedenen europäischen Themen und betreibt diesbezügliche Öffentlichkeitsarbeit.

Sowohl die Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich als auch das Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Österreich befinden sich im 2009 erbauten **Haus der Europäischen Union** in der Wipplinger Straße 35 in der Inneren Stadt, gegenüber der Börse. Der Erdgeschoßbereich mit dem Foyer und dem Festsaal ist nach außen hin einladend und offen konzipiert, um den kommunikativen Charakter des Gebäudes zu unterstreichen.

„Erlebnis Europa“

Das Europäische Parlament bietet in elf Hauptstädten der EU mit der interaktiven Dauerausstellung „Erlebnis Europa“ einen sehr anschaulichen Einblick in die Arbeit der EU-Institutionen und in aktuelle Herausforderungen auf EU-Ebene. Das „Erlebnis Europa“ in Wien (Rotenturmstraße 19) wurde am 26. Mai 2023 eröffnet. Bei freiem Eintritt kann man sich in allen 24 Amtssprachen der EU darüber

informieren, wie europäische Politik gemacht wird. Gruppen und Schulklassen erhalten die Möglichkeit, an einem simulierten Rollenspiel zur Arbeit des Europäischen Parlaments teilzunehmen.

Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA)

Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) wurde von der Europäischen Union eingerichtet, um den Organen und Mitgliedstaaten der EU eine unabhängige faktengestützte Grundrechtsberatung bereitzustellen. Die Agentur erhebt Informationen über die Grundrechtssituation in der gesamten Europäischen Union und formuliert Empfehlungen zur Verbesserung der Situation. Zudem informiert die FRA die Menschen in der EU über ihre Grundrechte.

Europäische Investitionsbank (EIB) – Verbindungsbüro Wien

Die EIB fungiert als (Haus-)Bank der Europäischen Union. Sie gehört den EU-Mitgliedstaaten und vertritt deren Interessen. Sie stellt Finanzierungen und Know-how für verschiedene Projekte bereit, die zum Erreichen der Ziele der EU beitragen. Dabei arbeitet sie eng mit den EU-Organen zusammen. Das Regionalbüro in Wien spielt eine wichtige Rolle in den Beziehungen der EIB zu österreichischen Kund*innen im öffentlichen und im privaten Sektor. Außerdem kümmert es sich um den Ausbau der Zusammenarbeit mit den österreichischen Behörden und anderen Partner*innen.

Delegation der Europäischen Union bei den internationalen Organisationen

Die Delegation vertritt die EU seit 1979 im Rahmen der UNO, der OSZE sowie weiterer internationaler Organisationen.

- **Europäische Organisationen mit Wirkungsbereich über die EU hinaus**

Europäisches Patentamt (EPA) – Niederlassung Wien

Das Europäische Patentamt verfügt über Standorte in Berlin, Brüssel, München, Den Haag und Wien. Auf Basis des Europäischen Patentübereinkommens, das seit dem Jahr 1973 besteht, prüft das EPA europäische Patentanmeldungen und bietet Erfinder*innen, Wissenschaftler*innen und Unternehmen aus der ganzen Welt die Möglichkeit, in einem einheitlichen Verfahren Patentschutz in bis zu 45 Ländern zu erlangen. Von den 16 Gründungsstaaten ist die Europäische Patentorganisation inzwischen auf 39 Mitglieder angewachsen, zu denen alle 27 EU-Mitgliedstaaten sowie andere Länder wie Norwegen, die Schweiz und die Türkei zählen.

Europäisches Institut für Weltraumpolitik (ESPI)

Das European Space Policy Institute (ESPI) soll als Kern eines Netzwerks von Expert*innen der Raumfahrt Langzeitstrategien zur Positionierung Europas in der Raumfahrt entwickeln. Es widmet sich Fragen der Weltraumpolitik und weltraumtechnischer Anwendungen und nimmt zur globalen

Weltraumpolitik Stellung. Als unabhängige Einrichtung hat ESPI die Aufgabe, Netzwerke, Studien, Beratung und Entscheidungshilfe für die strategische Ausrichtung der europäischen Raumfahrt zu bieten.

- **Institutionen mit Schwerpunkt der Tätigkeiten auf Zentraleuropa und Südosteuropa**

Jaspers – Büro Wien

Jaspers ist eine gemeinsame Initiative der Europäischen Investitionsbank (EIB), der Europäischen Kommission und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD). Das Regionalbüro in Wien leistet Beratung und technische Unterstützung bei der Vorbereitung von größeren Projekten in der Slowakei, Slowenien, Ungarn und der Tschechischen Republik, die mit den Finanzinstrumenten der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) finanziert werden.

Sekretariat der Energiegemeinschaft

Das Sekretariat der Energiegemeinschaft hat seit 2006 seinen Sitz in Wien. Die Vertragsparteien der Energiegemeinschaft sind auf der einen Seite die Europäische Union, und auf der anderen Seite die acht Vertragsstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, die Republik Nordmazedonien, Moldawien, Montenegro, Serbien und die Ukraine. Das Ziel liegt primär darin, den EU-Binnenmarkt im Energiesektor auf Südosteuropa auszuweiten. Die Energiegemeinschaft strebt an, stabile und einheitliche Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Energiemarktes zu schaffen, die Versorgungssicherheit zu erhöhen, die Umweltsituation zu verbessern sowie den Wettbewerb anzuregen.

Internationale Organisation für Migration (IOM) – Landesbüro für Österreich

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) gehört zu den Vereinten Nationen und ist die führende zwischenstaatliche Organisation, die sich seit 1951 für eine menschenwürdige und geordnete Migration zum Wohle aller einsetzt. Sie hat 175 Mitgliedsstaaten und ist in über 100 Ländern vertreten. Österreich ist IOM im Jahr 1952 beigetreten.

Regionales Vertretungsbüro für den Westbalkan des Internationalen Währungsfonds (IWF)

Die gemeinsame Aufgabe des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank ist es, die wirtschaftliche Entwicklung von weniger entwickelten Mitgliedstaaten durch finanzielle Hilfen, Beratung sowie technische Hilfe zu fördern und so zur Umsetzung der internationalen Entwicklungsziele beizutragen. Das Regionalbüro für den Westbalkan wurde gegründet, um die Beziehungen des IWF zu Albanien, dem Kosovo, Montenegro und der Republik Nordmazedonien zu stärken. Ziel des Büros ist, eine enge Zusammenarbeit mit den vier Staaten, sowie mit Geber*innen, internationalen Institutionen, einschließlich der Weltbank und der österreichischen Regierung, einem wichtigen Handels- und Entwicklungspartner der Westbalkanregion, aufrechtzuerhalten.

Büros der Weltbankgruppe in Wien

Die Präsenz der Weltbankgruppe in Wien mit mehreren Büros geht auf das Jahr 2007 zurück, als mit Unterstützung der österreichischen Regierung das Investment Climate Vienna Office ins Leben gerufen wurde. Um Investoren in den Westbalkan zu locken, erwies sich Österreich aufgrund seiner besonders engen, in einer gemeinsamen Geschichte verwurzelten Verbindung mit der Region als bevorzugter Standort. Weitere von der österreichischen Regierung finanzierte Programme der Weltbankgruppe folgten im Laufe der Jahre. Auch werden die Ukraine-Aktivitäten seit 2022 kriegsbedingt, nach der Evakuierung aus der Ukraine, von Wien aus gesteuert.

- **Weltweit agierende Institutionen mit Sitz in Wien**

Vereinte Nationen (UNO)

In der UNO-City, auch Vienna International Centre (VIC), befindet sich neben New York, Genf und Nairobi eines von weltweit vier Hauptquartieren der Vereinten Nationen, das einzige innerhalb der EU. Insgesamt sind in der UNO-City knapp 20 internationale Büros und Organisationen der Vereinten Nationen untergebracht. Neun Organisationen wie die IAEA (Internationale Atomenergiebehörde), die UNIDO (Organisation für industrielle Entwicklung), die UNODC (Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung), die UNOOSA (Büro der Vereinten Nationen für Weltraumfragen) und die CTBTO (Organisation, die das umfassende Verbot von Nuklearversuchen überwacht) haben ihr Hauptquartier in Wien; andere unterhalten Zweigstellen, wie etwa das UNHCR (Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen) oder der VN-Informationdienst UNIS.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Die Ziele der von Wien aus tätigen OSZE sind die Sicherung des Friedens und der Wiederaufbau nach Konflikten. Sie sieht sich selbst als stabilisierenden Faktor in Europa. Gemäß Charta der Vereinten Nationen soll die OSZE nach dem Subsidiaritätsprinzip als erster internationaler Ansprechpartner bei Konflikten innerhalb ihres Wirkungsbereiches dienen. Sie wird als System kollektiver Sicherheit angesehen und steht damit teilweise in Konkurrenz zur NATO, die allerdings deutlich militärischer ausgerichtet ist. Die Aktivitäten der OSZE gliedern sich in die drei Themenbereiche Politisch-Militärische Dimension, Wirtschafts- und Umweltdimension und Humanitäre (Menschenrechts-)Dimension.

Organisation erdölexportierender Länder (OPEC)

Gemäß ihrer Satzung besteht die Aufgabe der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) darin, die Erdölpolitik ihrer Mitgliedsländer zu koordinieren, für stabile Ölmärkte und eine verlässliche Erdölversorgung zu sorgen sowie ein „stabiles Einkommen“ für Produzent*innen und

Investor*innen zu gewährleisten. Die OPEC wurde im Jahr 1960 in Bagdad gegründet. Das Hauptquartier war ursprünglich in Genf und übersiedelte 1965 nach Wien. Die OPEC umfasst derzeit die Mitgliedstaaten Algerien, Angola, Ecuador, Äquatorial-Guinea, Gabun, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela und die Vereinigten Arabischen Emirate, die über wesentliche Anteile der globalen Erdölversorgung und der derzeit bekannten Weltölreserven verfügen.

Sekretariat des Wassenaar-Arrangements

Das Wassenaar Arrangement, benannt nach dem niederländischen Ort seiner Gründung 1995, wurde geschaffen, um einen Beitrag zur regionalen und internationalen Sicherheit und Stabilität zu leisten. Die Teilnehmerstaaten versuchen über ihre nationale Politik, transparentes und verantwortungsvolleres Handeln bei Exporten von konventionellen Rüstungsgütern und sogenannten Dual-Use-Gütern (Waren, Software und Technologie) zu fördern. Destabilisierende Waffenanhäufungen im Zusammenhang mit dem Ausbau militärischer Fähigkeiten sollen so verhindert werden. Ziel des Wassenaar Arrangement ist es auch, den Erwerb dieser Güter durch Terrorist*innen zu verhindern.

- **Dienststellen des Bundes und der Stadt Wien mit Europabezug**

Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) ist das Außenministerium der Republik Österreich. Dem Ressort der Bundesregierung sind die Außenpolitik, die Vertretung Österreichs gegenüber anderen Staaten (Diplomatie) und aktuelle Fragen der Immigrationsfolgen übertragen. Das Ministerium wird seit dem 6. Dezember 2021 erneut von Bundesminister Alexander Schallenberg geleitet.

Stadt Wien

Die Zuständigkeit für europäische Themen ist im Magistrat der Stadt Wien auf verschiedene Dienststellen verteilt:

- Magistratsdirektion – Büro des Magistratsdirektors – Gruppe Europa und Internationales (MD-EUI)

Die MD-EUI ist die zentrale Erstanlaufstelle für alle internationalen Aktivitäten der Stadt Wien. Die Aufgaben umfassen u.a. den Kontakt zu diplomatischen Vertretungen, Delegationsbetreuung, Koordination von Städtepartnerschaften, Koordination der Auslandsaktivitäten sowie die Kooperation mit dem Bund in Fragen der Ansiedlung internationaler Organisationen in Wien.

- Magistratsdirektion – Geschäftsbereich Recht – Fachgruppe Finanz- und Europarecht
Diese Dienststelle überprüft u.a. Wiener Landesgesetze bzw. Verordnungen des Magistrats auf ihre EU-Konformität.
- Magistratsdirektion – Geschäftsbereich Bauten und Technik (Stadtbaudirektion) – Koordination von Teilbereichen der EU-Strategie für den Donauraum
Ziel der EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR) (kurz Donauraumstrategie) als eine makroregionale Strategie der EU ist es, durch engere Zusammenarbeit den Zusammenhalt zwischen den einzelnen Staaten und Regionen des Donauraums unter Berücksichtigung der kulturellen Diversität zu fördern. Schwerpunkte sind dabei die Bereiche Infrastruktur, Umweltschutz, die Schaffung von Wohlstand sowie gute Regierungsführung.
Wien, das die Donauraumstrategie maßgeblich mitinitiiert hat, ist seit 2011 gemeinsam mit Slowenien für die Koordination des Schwerpunktbereichs 10 "Verbesserung der institutionellen Kapazität und Zusammenarbeit" zuständig. Dies umfasst Aktivitäten, die u.a. dabei helfen sollen, den Aufbau institutioneller Kapazitäten, die Einbindung von lokalen Akteur*innen und die Entwicklung von Projektfinanzierungen zu ermöglichen.
Seit 2018 leitet die Stadt Wien den Danube Strategy Point gemeinsam mit Bukarest. Dieser ist die zentrale Anlaufstelle für alle Beteiligten, betreibt Öffentlichkeitsarbeit und die Kommunikation mit der Europäischen Kommission, unterstützt das jeweilige Vorsitzland und arbeitet themenübergreifend an der strategischen Weiterentwicklung der Strategie.
- Europäische Angelegenheiten (Magistratsabteilung 27)
Die Abteilung Europäische Angelegenheiten (MA 27) ist die Europaabteilung der Stadt Wien. Sie ist innerhalb der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke angesiedelt und umfasst auch das Verbindungsbüro der Stadt Wien in Brüssel sowie internationale Aktivitäten wie die Wien-Bälle, die Internationalen Büros in neun mittel- und südosteuropäischen Städten und Berlin sowie die Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe.
Die Aufgabenstellung besteht in der Beobachtung, Analyse und Berichterstattung über aktuelle Entwicklungen in den unten genannten Themenfeldern. Zur Vorbereitung von Entscheidungen beziehungsweise Initiierung geeigneter Maßnahmen erstrecken sich die Aktivitäten vielfach auf Ebene der Europäischen Union. Damit ist die Vertretung Wiens und Mitarbeit in nationalen und europäischen Netzwerken samt Lobbying verbunden. Im Bereich der Förderungen seitens der Europäischen Union werden nach Mitwirkung bei der Erstellung und Verhandlung der rechtlichen Programmgrundlagen auch die damit verbundenen Förderungen verwaltet.
So fungiert die Stadt Wien - MA 27 als Verwaltungsbehörde des EU-Förderprogramms Interreg CENTRAL EUROPE. Seit mehr als 25 Jahren finanziert das Programm über Staatsgrenzen hinweg Projekte, die neue Lösungen für gemeinsame Herausforderungen wie den Klimawandel und die

Digitalisierung suchen. Das Ziel ist es, u.a. die Lebensqualität zu verbessern und regionale Ungleichgewichte abzubauen. Der Programmraum deckt im Wesentlichen Zentraleuropa ab und erstreckt sich über Österreich, Kroatien, Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien und die Slowakei sowie Südostdeutschland und Norditalien.

Die Stadt Wien beherbergt eines von europaweit vier Büros von Interact, einem EU-Programm, das sich für den Aufbau von Best Practice in der grenzübergreifenden Zusammenarbeit im Bereich von Interreg einsetzt. Der Interact Point Vienna wird von der Abteilung Europäische Angelegenheiten verwaltet und unterstützt auch die Interreg-Programme, an denen Wien beteiligt ist, indem es die Mitarbeiter*innen vernetzt und den Austausch von Erfahrungen und Praktiken in der grenzübergreifenden Zusammenarbeit ermöglicht. So entwickelte es die Monitoring-Software JEMS („Joint electronic monitoring system“), das die Abwicklung der Projekte erheblich erleichtert.

- Europa Büro der Bildungsdirektion für Wien

Das Europa Büro der Bildungsdirektion für Wien setzt zahlreiche Initiativen zur Vertiefung der europäischen Dimension an Wiener Schulen und ist Anlaufstelle für EU-geförderte Bildungsprojekte in Wien. Dies umfasst u.a. Öffentlichkeitsarbeit für europaweite Bildungsk Kooperationen, EU-geförderte Projekte, Unterrichtsmaterialien und Workshops zur Unterstützung schulischer Initiativen, Förderung von Erasmus+ Schulpartnerschaften und internationalem Austausch.

3. Quellen

Website des BMeiA zu internationalen Organisationen in Wien:

<https://www.bmeia.gv.at/themen/wien-als-sitz-internationaler-organisationen/internationale-organisationen-mit-sitz-in-wien-und-umgebung>

EU-Institutionen in Österreich:

https://austria.representation.ec.europa.eu/kontaktieren-sie-die-europaische-union/kontakte-osterreich/weitere-eu-institutionen-osterreich_de

„Amtssitzstudie“ des BMeiA vom 21.12.2020

https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Publikationen/Amtssitzstudie_BMEIA.pdf

Stadt Wien – Magistratsdirektion – Büro des Magistratsdirektors, Gruppe Europa und Internationales (MD-EUI)

<https://www.wien.gv.at/kontakte/md-eui/index.html>

EU-Förderungen in Wien – Magistratsabteilung 27

<https://www.wien.gv.at/wirtschaft/eu-strategie/eu-foerderung/index.html>





4. Das EUROPÄISCHE PARLAMENT

Gemeinsam mit der Europäischen Kommission (EK) und dem Rat der Europäischen Union wird das Europäische Parlament (EP) als das „**institutionelle Dreieck der EU**“ bezeichnet. Folgende drei Kompetenzen gelten als wichtigste Aufgaben des EP:

- Erlass von EU-Rechtsvorschriften gemeinsam mit dem Rat der EU (Durch das im Vertrag von Lissabon festgelegte Mitentscheidungsverfahren wurde das EP 2009 Mitgesetzgeber für die meisten Rechtsvorschriften der EU.)
- Haushaltsbefugnisse: Verabschiedung des jährlichen EU-Haushaltsplans gemeinsam mit dem Rat, Zustimmung zum mehrjährigen Finanzrahmen
- Ausübung der parlamentarischen Kontrolle über die Arbeit der EU-Organe, insbes. der EK.

Wahlen zum Europäischen Parlament

Als **weltweit einzige transnational direkt gewählte** Versammlung wird das EP **alle fünf Jahre** in allgemeiner, geheimer, freier, gleicher und direkter (unmittelbarer) Wahl neu zusammengesetzt. Die Abgeordneten vertreten die Interessen der EU-Bürger*innen auf europäischer Ebene. Das EP setzt sich **derzeit aus 705 Mitgliedern (19 davon aus Österreich)** zusammen, sie sind nach politischer Ausrichtung in insges. sieben Fraktionen (mindestens 23 Abgeordnete pro Fraktion, in jeder Fraktion Abgeordnete aus wenigstens einem Viertel der Mitgliedstaaten) organisiert. Die Gesamtzahl der Abgeordneten darf 750 (plus Präsident*in) nicht überschreiten.

Die Anzahl der Abgeordneten pro Mitgliedstaat wird durch den Europäischen Rat auf Initiative des EP festgelegt. Es gilt dabei das Prinzip der **degressiven Proportionalität**: größere Länder haben grundsätzlich mehr Abgeordnete als kleinere Länder, diese jedoch mehr Abgeordnete pro Einwohner*in als größere. Pro Land werden zwischen 6 (Malta, Zypern, Luxemburg) und 96 Abgeordnete (D) gewählt.

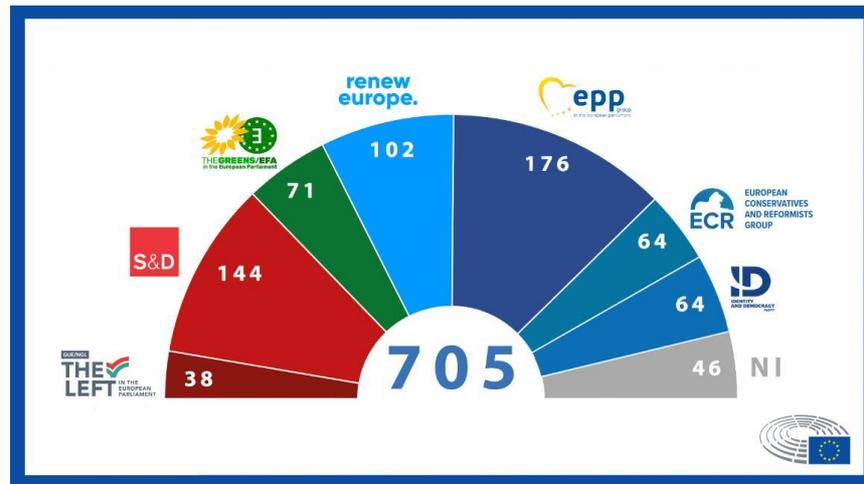
Der Europäische Rat gibt gem. Art.223 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) einheitliche Bestimmungen für die EP-Wahl vor, so wird nach dem **Verhältnismäßigkeitswahlrecht** gewählt. Die weitere Ausgestaltung und Durchführung der Wahl obliegt den Mitgliedstaaten. In Österreich gilt bspw. eine Sperrklausel in Höhe von 4 %, in Deutschland gibt es diese nicht. Das aktive Wahlrecht liegt meist bei 18 Jahren, in Ö, B, Malta und heuer erstmals auch in D bei 16 Jahren, in GR bei 17 Jahren.

EP-Wahl 2024

Vom 6. bis 9. Juni 2024 wird in den 27 Mitgliedstaaten der EU zum zehnten Mal das Europäische Parlament gewählt, **in Österreich** am Sonntag, den **9. Juni 2024**. Bei den letzten Wahlen im Mai 2019 wurden ursprünglich 751 Abgeordnete (davon 19 aus Österreich) gewählt, durch den Brexit 2020 reduzierte sich ihre Zahl auf 705. Um die dadurch verursachte Veränderung in der Bevölkerungszahl in den Mitgliedstaaten wieder anzugleichen, werden **heuer 720 Abgeordnete (davon 20 in Österreich)** gewählt.

EP-Wahl 2019

2019 ging die Europäische Volkspartei EVP – trotz starker Verluste – als stärkste Kraft hervor. Die **derzeitige Aufteilung der Sitze** ist aus der Grafik ersichtlich, die Tabelle führt weitere Details an:



Quelle: www.europarl.europa.eu

Derzeit sind die österreichischen Parteien wie folgt im EP vertreten: ÖVP 7 Mandate, SPÖ 5, FPÖ 3, GRÜNE 3, NEOs 1.

In Österreich lag 2019 die **Wahlbeteiligung** bei 59,8 % (Gesamteuropa rund 51 %) und somit deutlich höher als bei den letzten Europawahlen. In Wien lag sie bei 58,7 %, Spitzenreiter war NÖ mit 67,2 %, an letzter Stelle lag Kärnten mit 52,1 %. Dabei ging die erstaunlich hohe Wahlbeteiligung europaweit auf einen Anstieg der Wahlbeteiligung junger Menschen zurück (plus 14 Prozentpunkte in der Altersgruppe unter 25 Jahren (Ö plus 19), plus 12 Prozentpunkte (Ö plus 16) bei den 25- bis 39-Jährigen).

weitere Infos:

- elections.europa.eu/de/
- www.europarl.europa.eu/at-your-service/de/be-heard/elections
- vienna.europarl.europa.eu/de
- www.oesterreich.gv.at/themen/transparenz_und_partizipation_in_der_demokratie/demokratie-und-wahlen/wahlen/5/1.html
- www.wien.gv.at/politik/wahlen/eu/

